Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

26.6.1864 (No. 149)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 26. Juni.

Nr. 149.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Auf das mit dem 1. Juli beginnende dritte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Für Frankreich abonnirt man bei Hrn. G. Alexandre in Straßburg (Brandgasse Nr. 28) und in Paris (2, Cour du Commerce, Saint-André-des-Arts).

Hofansage.

Wegen Ablebens Seiner Majestät des Königs Wilhelm I. von Württemberg legt der Großherzogliche Hof von heute an die Trauer auf 3 Wochen an, und zwar die ersten 11 Tage nach der 3., die folgenden 10 Tage nach der 4. Stufe der Trauerordnung.

Karlsruhe, den 25. Juni 1864.

Großh. Oberstkammerherren-Amt.
Freiherr von Reischach.

Telegramme.

⊙ **Stuttgart**, 25. Juni, Morgens 8 Uhr. König Wilhelm heute früh 5 Uhr auf Schloß Rosenstein gestorben.

Der Kronprinz Karl auf heute Abend von Kissingen erwartet. (S. u. Art. Stuttgart.)

† **Hannover**, 25. Juni. Abgeordnetenkammer. Miquel stellte den Antrag auf Aufhebung oder Abänderung der Domänenausscheidung. Der Finanzminister erklärt, die Annahme des Antrags würde das Ministerium gefährden. Debatte nächsten Montag.

† **Berlin**, 25. Juni. Zufolge telegraphischer Weisung von Seiten des Königs geht Prinz Albrecht heute Abend in das Hauptquartier ab.

† **Berlin**, 25. Juni. Die „Spener. Ztg." bringt ein Telegramm aus Wien, wornach dort die Nachricht eingegangen, es sei in Karlsbad ein Einverständniß zwischen den deutschen Großmächten erreicht worden, wornach Preußen mit Zustimmung Oesterreichs am Bundestage eine Kriegserklärung Deutschlands gegen Dänemark beantragen werde.

† **Hamburg**, 25. Juni. Bei dem Banket am Mittwoch in dem Landschaftshaus zu Heide sagte der Herzog Friedrich: Er freue sich, der erste deutsche Fürst von Schleswig-Holstein zu sein; er werde in Zukunft keinem Partikularinteresse huldigen; Fürst und Volk seien bereit, ihren Befreiern alle Opfer zu bringen, die zum Heile Deutschlands gereichen.

Karlsbad, 24. Juni. (W. T.-B.) Gestern Abend ist der Kaiser von Oesterreich nach Prag abgereist, nachdem er Hrn. v. Bismarck empfangen und ihm das Großkreuz des Stephansordens überreicht hatte. Der König von Preußen blieb bei dem Kaiser bis zum Abschied. Heute um 5 Uhr Abends ist Graf Rechberg abgereist, um 7 Uhr Hr. v. Roon angekommen.

† **London**, 25. Juni. Gestern Abend hat Hr. v. Bille dem Grafen Russell offiziell angezeigt, mit dem Wiederausbruch des Kampfes werde die Blokade von Cammin, Swinemünde, Wolgast, Greifswald, Stralsund, Barth, Danzig, Pillau und den Elbherzogthümern wieder beginnen; die neutralen dorthin steuernden Fahrzeuge würden abgewarnt und den auslaufenden eine Frist gegönnt.

† **Neu-York**, 14. Juni. Grant hat eine wichtige Bewegung ausgeführt: er hat seine Operationslinie an den James-Fluß verlegt. Der südstaatliche General Morgan wurde in Kentucky geschlagen. Der Finanzminister Chase hat ein deutsches Anleihe-Anerbieten angenommen.

Goldagio $97\frac{1}{2}$, Wechsel auf London 217. Bonds $105\frac{1}{2}$.

Deutschland.

Karlsruhe, 25. Juni. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin sind heute früh 8 Uhr 33 Min., von Baden kommend, dahier eingetroffen. Nachdem Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge einiger Herren Ministerialpräsidenten entgegenzunehmen geruht hatten, sind die höchsten Herrschaften heute Nachmittag 2 Uhr 20 Min. wieder nach Baden abgereist.

Frankfurt, 24. Juni. Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 23. d. M.:

Zuvörderst erfolgten Seitens mehrerer Regierungen verschiedene Vorlagen, Erklärungen und Anzeigen. In Bezug auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit machte Oldenburg die vorläufige Anzeige, daß, nachdem der Kaiser von Rußland die bei dem Hinwegfallen des Londoner Traktats von 1852 Allerhöchstihnen als dem Chef der ältern Gottorp'schen Linie zustehenden und im Warschauer Protokoll von 1851 für diesen Fall ausdrücklich gewahrten Successionsrechte dem Großherzog von Oldenburg zedirt habe, die großh. Regierung Nichts zu unterlassen gedenke, um die Sr. Königl. Hoheit, dem ersten Repräsentanten der von Herzog Peter Friedrich Ludwig von Oldenburg abstammenden jüngern Gottorp'schen Linie, zedirten Successionsrechte auf das Herzogthum Holstein und auf das erbrechtlich mit demselben untrennbar verbundene Herzogthum Schleswig geltend zu machen; indem die großh. Regierung sich eine Darlegung der schleswig-holsteinischen Successionsverhältnisse zur Begründung der dem Großherzog zedirten Successionsrechte vorbehält, erklärt dieselbe zunächst ihre Verwahrung gegen jede etwaige Folge, welche den bei der Bundesversammlung erhobenen Successionsansprüchen des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg möchte gegeben werden.

Hierauf kamen die neuesten Berichte des Bundesbevollmächtigten zur Londoner Konferenz zur Vorlage; der Ausschuß für Militärangelegenheiten erstattete Vorträge, und schließlich wurden Geldmittel zu Herstellungen in den Kasernen der hiesigen Bundesgarnison bewilligt.

○ **Stuttgart**, 25. Juni. König Wilhelm ist nicht mehr! Die Bestürzung und Ueberraschung hier ist allgemein, da man den König längst wenigstens so weit wieder hergestellt glaubte, daß man ihn außer aller naheliegenden Gefahr wähnte. Auch machte er fast täglich Ausfahrten, siedelte letzten Mittwoch auf den Rosenstein über, um sich an die frische Luft mehr zu gewöhnen, und befand sich dort so wohl, daß beschlossen war, am nächsten Dienstag zu einem Kurgebrauch nach Wiesbaden abzureisen. Da besuchte der König vorgestern seine Lieblingsschöpfung Weil (Privatgestüt), musterte die Stallungen, erhitzte sich dabei, und setzte sich, um auszuruhen, wahrscheinlich an einen der Zugluft zu sehr ausgesetzten Ort. Dies hatte Erkältung und Unwohlsein im Gefolge, das sich gestern Nachmittag so sehr steigerte und zu solcher Entkräftung führte, daß Ihre Maj. die Königin, die in Friedrichshafen weilt, und JJ. KK. HH. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin, die noch in Kissingen sich befinden, davon benachrichtigt wurden. Gestern Abend fühlte der König sein Ende herannahen und nahm herzlichen und feierlichen Abschied von seinem Vertrauten, dem Oberst-Stallmeister Grafen v. Taubenheim, wobei er sagte: „Es ist schmerzlich, von so einem schönen und guten Land scheiden zu sollen." In der Nacht verschlimmerte sich der Zustand so sehr, daß von Morgens 3 Uhr an die hier anwesenden Mitglieder der königl. Familie, die Minister und höchsten Hofwürdenträger Feldjäger mit der Nachricht von dem bald bevorstehenden Ende Sr. Maj. abgefertigt wurden. Um $4\frac{1}{2}$ Uhr kamen der Prinz und die Prinzessin von Weimar an das Krankenlager des Vaters, die Prinzessin Marie und Prinz Friedrich langten erst um 5 Uhr im letzten Moment an; um 5 Uhr 10 Minuten hatte der König zu leben aufgehört.

Von 8 bis 9 Uhr war Trauergeläute von allen Kirchen; ebenso wird dies von 12 und von 6 Uhr an je $\frac{1}{2}$ Stunde stattfinden. Um 10 Uhr traten der Ministerrath, um 11 Uhr der Geheimerath, um $11\frac{1}{2}$ Uhr die bürgerlichen Kollegien von Stuttgart zu außerordentlichen Berathungen zusammen. Die Königin Wittwe wird mit der Prinzessin Friedrich und dem Prinzen Wilhelm heute Nachmittag 3 Uhr von Friedrichshafen erwartet. Der Kronprinz und die Kronprinzessin werden von Kissingen um $5\frac{1}{4}$ Uhr in Nördlingen eintreffen, und von da per Extrazug der Staatsbahn um 8 Uhr ankommen. Morgen wird das Militär dem neuen König huldigen. Das Theater ist geschlossen. Musiken und Lustbarkeiten sind eingestellt. Allgemeine Landestrauer.

München, 22. Juni. (Augsb. Abdz.) An der Zollkonferenz nahmen heute zum ersten Mal auch die österreichischen Bevollmächtigten Theil.

München, 24. Juni. (W. K.-B.) Die Münchener Korrespondenz der „Wien. Abendpost" über die bei Eröffnung der hiesigen Zollkonferenz gehaltenen ministeriellen Reden und Ansprachen wird von der „Bayr. Ztg." in das Gebiet des Romans verwiesen.

Hamburg, 24. Juni. (W. T.-B.) Von Cuxhafen kommt die offizielle Meldung, daß das österreichisch-preußische Geschwader von dort seewärts gegangen ist. Heute Mittag hieß es hier, das Geschwader sei nach Bremerhafen abgegangen.

Aus Holstein, 23. Juni. Bei der Reise des Herzogs Friedrich von Itzehoe nach Heide war am 21. Juni überall festliche Begrüßung; berittene Dorfschaften gaben das Ehrengeleit; an der Grenze waren 400 berittene und uniformirte Norderdithmarschen anwesend; in Heide war enthusiastischer Empfang, Illumination und Fackelzug. Heute fuhr der Herzog durch die Marschen; Reitergarden schlossen sich kirchspielweise an. In Lunden war feierliche Einholung unter Glockengeläute. Viele Schleswiger waren zur Begrüßung erschienen.

Lügumkloster, 21. Juni. (Flensb. N. Z.) Der Gang der heutigen Versammlung ist Ihnen bereits im Allgemeinen telegraphisch gemeldet worden. Von 10 Uhr Morgens an strömten von allen Seiten Landleute und Städter aus der benachbarten Gegend zu Wagen und zu Fuß herbei, um, wie der Osten auf Böghoved gethan, Zeugniß abzulegen von dem ernsten Willen auch der Bevölkerung des Westens, keiner Trennung des Herzogthums und keiner Einverleibung in das Königreich Dänemark ihre Zustimmung zu geben. Um 2 Uhr waren auf dem schönen freien Platze vor dem Schloß und neben der durch ihre schöne gothische Bauart berühmten Kirche mehr als 5000 Männer versammelt. Die Festlichkeit wurde mit dem Lied: „Eine feste Burg ist unser Gott" eröffnet; dann sprachen der Reihe nach Meier von Fahrgaard, Dr. Schlaikier aus Lügumkloster und Dr. Jansen aus Hadersleben, der Erste und Letzte in dänischer, Schlaikier in deutscher Sprache. Alle drei Reden wurden von häufigen Zeichen der Zustimmung und lebhaften Bravo- und Hurrahrufen unterbrochen, ein Zeichen, daß der versammelten Menge der verhandelte Gegenstand wirklich eine Herzensangelegenheit war. Durch Erhebung der Hände wurden die Resolutionen angenommen, die bekanntlich dahin gehen, „daß wir die vorgeschlagene Theilung Schleswigs als das größte Unglück, welches uns treffen könnte, betrachten," und „daß wir nie und nimmer von Schleswig abgeschnitten und in das Königreich einverleibt werden wollen." Nachdem die Resolutionen angenommen, bestieg noch ein schlichter Landmann aus dem Friesischen, Friedrichsen von Emmelsbüll, die Tribüne, um den Gefühlen seiner Stammesgenossen gegen die dänische Wirthschaft einen kräftigen Ausdruck zu geben. — Nach dem Schluß der Versammlung vereinigte ein gemeinschaftliches Mittagsessen im Erichsen'schen Gasthof noch einmal Viele der Anwesenden. Zahlreiche Trinksprüche bekundeten auch hier die patriotische Stimmung der Versammelten. Die Bedeutung auch dieser zweiten nordschleswig'schen Versammlung für die Erhaltung der Integrität des Herzogthums Schleswig ist unverkennbar. Nach allen Bemühungen und trotz der Unterdrückung jeder antidänischen Meinungsäußerung in den letzten vierzehn Jahren ist die Bevölkerung des Nordens einer näheren Verbindung mit dem Königreich ebenso abgeneigt, wie die des Südens. Man wird abzuwarten haben, ob nicht die Konferenz, deren Vorsitzenden die Resolutionen übersandt sind, oder doch die deutschen Bevollmächtigten dieser neuen Kundgebung auf ihr ferneres Auftreten den gebührenden Einfluß einräumen werden.

Flensburg, 22. Juni. (Sch. M.) Heute kann ich den vor 5 Wochen den hiesigen Einwohnern deutscher Zunge und Gesinnung gemachten Vorwurf der Lauheit und Ungastlichkeit gegen die alliirte Armee füglich zurücknehmen. Der Empfang der zum dritten Mal nach Norden marschirenden Preußen, wie er seit gestern von der Bürgerschaft und dem neuen Magistrat auf dem Südermarkt vor sich geht, ist über die Maßen freundlich und herzlich und läßt die früheren Erfahrungen vergessen. Besonders warm wurde das heute eingezogene 35. Füsilierregiment empfangen. Stadtsekretär Reimers brachte jedem der drei Bataillone ein begeistertes Hoch aus, das von den Bataillonskommandanten kurz, aber dankbar erwiedert und mit donnernden Hurrahs auf die Stadt von den Soldaten gelohnt ward. Einzelne Häuser in den Straßen zeichneten sich durch Blumenspenden aus, die den vorbeimarschirenden Truppen von schönen Händen zugeworfen wurden.

Apenrade, 22. Juni. (N. Pr. Ztg.) Als einen spaßhaften Beweis der geringen Sympathie der Bevölkerung hiesiger Gegend für die Dänenherrschaft und eine etwaige Theilung Schleswigs kann ich Ihnen mittheilen, daß Dänenfreunde bemüht waren, Tags vor der gestern in Lügum-Kloster abgehaltenen Versammlung Deutschgesinnter eine Volksversammlung in Linetzkov bei Ribe zu Stande zu bringen. Es hatten sich denn auch richtig 70 Personen eingefunden, denen allerlei Schönes und Gutes vorerzählt wurde. Als sie aber etwas von Theilung unterschreiben sollten, entfernten sich 50, und es blieben ganze 20 Mann zur Unterschrift. Dies trug sich zu, ungeachtet der Ort der Versammlung möglichst bequem in die Mitte der drei jütischen Enklaven gelegt worden war.

Berlin, 23. Juni. Die ministerielle „Provinzialkorrespondenz" bringt unter der Ueberschrift „Des Königs Abschied" einen Artikel, in dem es heißt:

König Wilhelm ist am 18. Juni widerum an die Heilquellen zu Karlsbad in Böhmen gereist, welche ihm im vorigen Jahre so erfreuliche Stärkung und Erfrischung gewährt haben. . . . Als die Prinzen und die höchsten Würdenträger des Staates auf dem Bahnhof versammelt waren, um sich von dem Königlichen Herrn zu verabschieden, berief derselbe den Kronprinzen und die Minister nochmals um sich und hielt ihnen eine herzliche und ergreifende Ansprache. In derselben wies er darauf hin, mit welch andern und freudigeren Gefühlen er dieses Mal die Reise antreten könne, sowohl was die innere Lage des Landes als auch die militärische und politische Stellung Preußens betreffe. Dies danke er der hingebenden, energischen und erfolgreichen Thätigkeit seiner Minister. Aber wenn auch durch diese Thätigkeit viel zur Beruhigung des Landes geschehen sei, so seien doch bei weitem nicht alle Schwierigkeiten und Gefahren überwunden, und man solle sich der Täuschung nicht hingeben, als dürften die Zügel der Regierung künftig weniger straff gehalten werden. Er vertraue, daß die Minister diese Ueberzeugung theilten, und daß sie ihm auch ferner in bisheriger Weise helfen würden, auf dem eingeschlagenen Weg weitere Erfolge und den endlichen Sieg zu erringen. Hierauf verabschiedete sich der König mit herzlichem Händedruck von jedem Einzelnen der Minister.

Die Verhandlungen auf der hiesigen Zollkonferenz

sollen einen sehr günstigen Verlauf nehmen, so daß der Schluß der Konferenz in acht bis vierzehn Tagen erwartet wird. — Gegen den englischen „Punch“ wurde in voriger Woche vor dem Stadtgericht verhandelt. Da Majestätsbeleidigung vorlag, so war die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Wie man hört, wurde auf Vernichtung der betreffenden Nummer erkannt. — Wie man hört, ist für den Fall, daß die Feindseligkeiten wieder beginnen, die Mobilisirung eines Theils des 2. (pommerschen) Armeekorps in Aussicht genommen. — In Bezug auf den beseitigten Schiedsrichter ist noch nachzutragen, daß, wie richtig vermuthet wurde, Frankreich offiziös sehr geringe Lust dazu zeigte, wodurch denn auch die vorhin erwähnte diesseitige Ausschließung eines Mitgliedes der Konferenz selbst für die Mediation behufs eines Friedensversuches erklärlich wird. Frankreich war vorerst nicht mehr in Frage.

Wie die „Oder-Ztg.“ mittheilt, hat die erste (Pontonier-) Kompagnie des Stettiner Pionierbataillons Marschordre erhalten. (Sie sollte heute in Berlin eintreffen.) Auch die ersten Kompagnien des Garde-Pionierbataillons und des ersten Pionierbataillons in Danzig sollen Befehl haben, sich marschbereit zu halten. — Der „Danz. Ztg.“ zufolge hat das Marineministerium eine Korvette zu vierzehn Geschützen käuflich erworben, die von einer Kommission in Bremerhaven übernommen werden wird.

Die „Hamb. Börs.-Hlle.“ erfährt, daß die von Preußen in Amerika gekauften Kriegsschiffe an der Weser erwartet und dort von preußischer Mannschaft in Empfang genommen werden sollen. Die österreichische Fregatte „Adria“ soll sich zum Nordsee-Geschwader begeben, wohin das Panzerschiff „Max“ bereits unterwegs ist.

Danzig, 21. Juni. Wie die „Danz. Ztg.“ hört, soll demnächst der Bau von zwei Kriegsschiffen auf hiesiger kön. Werft in Angriff genommen werden.

Stettin, 22. Juni. Während des Waffenstillstandes ist der Bau der beiden auf dem Stapel stehenden Kriegskorvetten „Medusa“ und „Hertha“ nach Kräften gefördert worden, und die vollständige kriegstüchtige Ausrüstung besorgt. Auch für die neu angekaufte schwere Korvette ist die Ausrüstung bereits von Danzig nach Bremen abgesandt; es sind dazu die Mannschaften der jetzt außer Dienst gestellten Ruderboot-Flotille verwendet worden.

Wien, 23. Juni. Der „Frkf. P.-Ztg.“ geht die Erklärung „in fast wortgetreuer Analyse“ zu, welche Oesterreich in der Konferenzsitzung vom 18. d. über die Befragung des Landes abgegeben hat. Die österreichischen Bevollmächtigten, so heißt es in dieser Erklärung, „schließen sich der preußischen Erklärung in so weit an, als nach der Ansicht der kaiserl. Regierung die Zwecke des Friedenswerkes vollständig nur dann werden erreicht werden können, wenn die Theilung Schleswigs mit Zustimmung (consentement) der Herzogthümer erfolgt, ausgedrückt (exprimé) durch das Organ ihres Souveräns und ihrer gesetzlich konstituirten Vertreter (representants legalement constitués). Sie (die Bevollmächtigten) machen zugleich darauf aufmerksam, daß ihrer Ansicht nach bei der Frage von der Abtretung eines Theils von Schleswig Holstein beinahe eben so sehr betheiligt ist, als Schleswig, und daß diese Frage nicht geeignet erscheint, durch eine Abstimmung der nach Distrikten oder Gemeinden (wie Preußen vorgeschlagen) zu befragenden Bevölkerung entschieden zu werden.“ Das ist es, was Oesterreich erklärt hat: es verwirft die distrikts- oder gemeindeweise Abstimmung, aber es verlangt die ausdrückliche Zustimmung des Souveräns der Herzogthümer und der gesetzlich berufenen Vertreter derselben.

Wien, 23. Juni. Die offiziöse „Generalkorresp.“ schreibt:

Die eingelaufenen Nachrichten über die gestern von der Londoner Konferenz abgehaltene Sitzung ergeben, daß, wenn auch die deutschen Mächte Bedenken trugen, den englischen Vorschlag, die Auffindung einer Demarkationslinie zwischen dem neu zu bildenden Staat und dem Königreich Dänemark dem Schiedsspruch einer neutralen Macht zu übertragen — wobei zu bedenken ist, daß dann die Bezeichnung dieser Linie nach dem englischen Antrag, also innerhalb der von Deutschland beanspruchten Grenze Apenrade-Tondern und der von Dänemark aufgestellten Schleigrenze nothwendig mit einer gewissen Willkür hätten erfolgen müssen —, Oesterreich und Preußen doch bereitwillig die Vermittlung einer neutralen Macht in Bezug auf die Abgrenzungsfrage überhaupt annahmen. Von dänischer Seite dagegen wurde weder auf den englischen Vorschlag eingegangen, noch die Vermittlung beantragt. Dänemark also, welches nicht minder den Abschluß eines Waffenstillstandes mit vierwöchentlicher Kündigungsfrist verwarf, verhielt sich ablehnend gegen jeden Versuch einer Verständigung. Sollte nun auch in der auf nächsten Samstag anberaumten Konferenzsitzung ein befriedigenderes Resultat nicht erzielt werden, so ist vor dem gesammten Europa konstatirt, auf welcher Seite die Versöhnlichkeit obherrschte und wen die Verantwortlichkeit für den Wiederausbruch der Feindseligkeiten zu treffen hat.

Karlsbad, 23. Juni. (A. Ztg.) Der Kaiser von Oesterreich hat seinen hiesigen Aufenthalt noch um einen Tag verlängert und wird erst morgen früh nach Prag abreisen. Die auf gestern Abend angesagte Beleuchtung nebst großartigem Feuerwerk wird daher erst heute Abend stattfinden. Bei der gestrigen Mittagstafel bei dem König von Preußen, wo der Kaiser die Uniform des preußischen Garderegiments „Kaiser Franz von Oesterreich“, dessen Inhaber er ist, trug, soll ein ungemein herzliches Einvernehmen, welches sehr von der kühlen Begegnung im vorigen Jahr zu Gastein abwich, geherrscht haben. Die Thätigkeit der hier versammelten Diplomaten dauert rastlos fort. Oesterreich ist mehr friedlich, Preußen mehr kriegerisch gegen Dänemark gestimmt, und will den Kampf bis zur äußersten Konsequenz gegen die Dänen fortgesetzt haben, wozu Graf Rechberg nur sehr geringe Neigung hegen soll. Der Zufluß von Fremden, besonders aus Böhmen, welche alle den Kaiser sehen wollen, dauert ununterbrochen fort; in den Straßen der Stadt herrscht ein solches Menschengewoge, daß kaum noch durchzukommen ist.

Triest, 24. Juni. (W.-T.-B.) Hier sind Berichte aus Konstantinopel bis zum 18. eingelaufen. Dem „Levant Herald“ zufolge hat die Pforte mit dem Fürsten Kusa ein Uebereinkommen getroffen, durch welches die kürzlich oktroyirte Verfassung der Donaufürstenthümer wesentlich modifizirt würde. Es soll ein Senat aus theils ernannten, theils gewählten Mitgliedern errichtet, das Wahlgesetz und das Ackergesetz sollen beträchtlich geändert, und die Rechte der Exekutivgewalt, der Boyaren und der Bauern sollen neu festgesetzt und garantirt werden.

Italien.

* **Turin**, 23. Juni. Die „Stampa“ erklärt, daß Hr. Pepoli mit keiner Mission beim Kaiser betraut ist.

Frankreich.

* **Paris**, 23. Juni. Die „France“ beleuchtet heute Englands Lage Europa gegenüber und sucht die Ursachen nachzuweisen, welche das englische Kabinet in eine so mißliche und isolirte Lage gebracht haben. Es scheint ihr durchaus noch nicht hinlänglich unzweifelhaft zu sein, daß England bei einem Wiederausbruch des Krieges von den Worten zu Thaten übergehen werde, und sie gibt bei dieser Gelegenheit Großbritannien zu bedenken, daß es sich um eine gar wichtige Frage seines Einflusses auf die Geschicke der Welt handle. Der Artikel schließt mit den Worten:

Es gibt vielleicht nur ein Volk, welches es offen und redlich in allen Bestrebungen unterstützt hat, die es zur Wiederherstellung des Friedens machte, nachdem es so unvorsichtig den Krieg entfesselt hatte. Es gibt nur ein einziges, welches, indem es keine einzige seiner Kombinationen verwarf, gesucht hat, seine Bahn zu ebnen, auf welche es, fast zum Vergnügen, so viele Hindernisse gehäuft, und auf welcher es vielleicht so viele Abgründe geöffnet hatte. Nun, es ist unmöglich es nicht zu sagen: vor der Freundeshand, welche England so redlich gereicht wurde, hat es stets die seinige geschlossen. Von dieser wohlwollenden Nation, auf welche es rechnen konnte, weil sie, eine wie die andere, in der Welt in gleichem Grade die Zivilisation, den Fortschritt, die Freiheit, das allgemeine Wohlergehen repräsentiren, von dieser trennte es sich in Mexiko. Es wollte ihre weise und umsichtige Politik weder in Amerika, noch in Polen, noch in so vielen andern Fragen hören, in welchen die beiden Mächte sich anfänglich in einem Interesse der allgemeinen Ordnung und des allgemeinen Gleichgewichts genähert hatten. Wir haben es in Widerstreit mit unsern Bestrebungen in allen großen Entwürfen gefunden, an welche sich weit weniger unsere Privatinteressen, als universelle Interessen knüpfen. In Suez, in Madagaskar, in Tunis, im ganzen Orient existirt ein Antagonismus des Prinzips und bisweilen ein beklagenswerther Kampf des Einflusses. Wir beschuldigen nicht, wir zeichnen mit der Augenscheinlichkeit der Thatsachen eine Sachlage, bei der es uns scheint, daß England die Interessen seiner Politik schlecht verstanden und ihren Hauptstützpunkt verloren hat. Und hat es sich nicht dadurch unvorsichtiger Weise Dem ausgesetzt, was ihm heut widerfährt, d. h. sich unter den Großmächten isolirt zu finden und nicht mehr diese eigene Kraft, diesen bedeutenden Einfluß zu besitzen, welche einem großen Volke gestatten, mit Nachdruck zu handeln, um die großen Fragen zu lösen, den allgemeinen Frieden zu befestigen, und dem Ausbruch dieser blutigen Kämpfe vorzubeugen, die beim jetzigen Zustand Europa's drohen, viel bedenklichere Komplikationen herbeizuführen und die so tief alle Gefühle der Gerechtigkeit und Menschlichkeit verwunden?

In dem „offiziellen“ Bericht, welchen Kapitän Semmes über den für sein Schiff so unglücklichen Kampf mit dem „Kearsage“ in Southampton veröffentlicht hat, heißt es:

Als das immer steigende Wasser das Feuer unserer Maschinen auslöschte, und wir am Untergehen waren, strich ich die Flagge, damit nicht ferner auf uns geschossen würde, und schickte ein Boot an den Feind ab, um ihn zu benachrichtigen, in welchem Zustand wir uns befänden. Obgleich nur eine Entfernung von 400 Yards uns trennte, schoß der Feind noch 5 mal auf uns, nachdem ich sogar die Flagge gestrichen hatte.

Uebrigens tröstet sich Kapitän Semmes mit dem Spruch: „Tout est perdu fors l'honneur!“

Seinen Gesammtverlust schlägt er auf 9 Todte und 21 Verwundete an.

ƺ **Paris**, 24. Juni. Der Kaiser wird auf heute Abend in den Tuilerien erwartet, wo er morgen dem Ministerrathe präsidiren wird. — Wie aus Cherburg gemeldet wird, nähern sich zwei südstaatliche Fahrzeuge den dortigen Gewässern, um dem noch im Hafen befindlichen „Kearsage“ aufzulauern. Der Kapitän Semmes vom „Alabama“ ist in Paris angekommen. — Morgen oder Sonntag wird der „Moniteur“ die beschlossenen Veränderungen und Beförderungen im diplomatischen Korps bringen. — Prinz Napoleon, vor kaum 8 Tagen aus der Schweiz zurückgekehrt, ist nach Havre abgereist. — Der König von Griechenland hat heute Morgen, von den Geschäftsträgern von Frankreich, Rußland und England begleitet, die Jonischen Inseln verlassen. — Die Börse eröffnete äußerst flau. Durch Verbreitung unbegründeter Gerüchte beruhigender Natur wurden vorübergehend die Kurse etwas gehoben, um den „Großen“ Zeit zum Verkaufen zu lassen. Rente variirte zwischen 65.69 und 65.70, Mob. bleibt 1012, span. 585, ital. Anl. zu 69.55 angeboten.

Spanien.

* **Madrid**, 23. Juni. Die Session der Kammern ist suspendirt worden. Admiral Pinzon verlangt, daß man ihm Kriegsmaterial zusende. Der Minister des Auswärtigen, Hr. Pacheco, wird nächstens allen diplomatischen Agenten Spaniens ein Rundschreiben über die Angelegenheiten Peru's zugehen lassen. Die Königin wird am 1. Juli im Escurial zurück sein.

Dänemark.

Kopenhagen, 23. Juni, Abends. Die „Berling. Ztg.“ schreibt: Auf der Konferenz hat gestern das Friedenswerk keinen Schritt vorwärts gethan. Die schiedsrichterliche Abmachung soll von den deutschen Mächten mit so viel Vorbehalten angenommen sein, daß in Wirklichkeit dieselben einer Verwerfung gleich kommen. Dänemark soll dem Vernehmen nach sich geweigert haben, auf den Vorschlag einzugehen. Auf nächsten Samstag ist eine Sitzung der Konferenz anberaumt; es liegen aber keine bestimmte Verhandlungsgegenstände vor, so daß höchst wahrscheinlich der Krieg wieder anfangen wird. Ein vorläufiges Gesetz ermächtigt den Finanzminister zur Stiftung einer schwebenden Staatsschuld von sechs Millionen.

Griechenland.

Korfu, 21. Juni. König Georg verweilt hier bis zum 24. d. M. Prinz Johann von Glücksburg wird hier erwartet. Die Stadt Korfu hat dem König eine Villa zum Geschenk gemacht. Die Wahlen wurden bis zum 24. verschoben. Bereits über 400 Jonier sind in das griechische Heer eingetreten. Die hiesigen Konsuln der Fremdmächte fungiren provisorisch fort, bis sie neue Diplome zur Erlangung des Exequaturs vorlegen.

Großbritannien.

* **London**, 23. Juni. Daß es inmitten der großen Aufregung doch nicht ganz an einer ruhigen Auffassung der Lage fehlt, zeigt auch heute wieder der schon mehrerwähnte „Star“. Er sagt:

Die Aussichten sind schwarz genug. Aber England kann sie durch eine voreilige und unbesonnene Bewegung noch schwärzer machen und einen bloß lokalen Streit in einen großen europäischen Krieg verwandeln. Wenn wir weise und gerecht sein wollen, haben wir nur eine Politik vor uns, und diese ist: ruhig bei Seite zu treten. Der Streit hat jetzt einen solchen Charakter angenommen, daß wir wirklich gar keinen Beruf haben, uns in denselben einzudrängen... Es ist eben so gewiß, daß wir Hrn. v. Bismarck durch eine Kriegserklärung gegen Oesterreich und Preußen keinen schlechten Gefallen erweisen würden. Wir können Deutschland keinen ernstlichen Schaden thun und würden einfach das ganze Gebiet, welches der Bund einnimmt, von der belgischen bis an die russische Grenze, von der Ostsee bis an die Donau, einigen und unter die Führung der Macht bringen, die in diesem Streit am meisten Energie entwickelt hat. Ein Staatsmann kann diese Krisis mit nationaler Sicherheit und Würde überwinden, aber eine einzige unbesonnene Bewegung kann sie in ein Unglück von unbeschreiblicher Größe verwandeln.

Zwischen Großbritannien und Preußen ist ein Vertrag zur gegenseitigen Auslieferung flüchtiger Verbrecher abgeschlossen worden. Die Verbrechen, auf welche sich der Vertrag bezieht, sind Mord, Mordversuch, Fälschung, betrügerischer Bankerott, Einbruch, Raub mit Anwendung von Gewalt gegen die Person, und Veruntreuung oder Unterschleif, von Handlungsdienern und Dienstboten verübt. Bei erhobener Anklage muß die Begehung des Verbrechens soweit nachgewiesen werden, daß die Gesetze des Landes, wo der Flüchtige aufgebracht worden, die Verweisung vor das Geschwornengericht rechtfertigen würden; ist das Individuum vor seiner Flucht schon vor Gericht überführt worden, so genügt die einfache Notifikation und Begründung dieses Faktums, um die Auslieferung zu erlangen.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 25. Juni. 67. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey; der Direktor des Oberschulraths, Dr. Knies.

Nach Eröffnung der Sitzung, der auf den Tribünen ein sehr zahlreiches Publikum anwohnt, wird eine Petition der Gemeinde Pfullendorf, Straßenbau betr., angezeigt.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Häusser erstatteten Berichts über den die Aufsichtsbehörden für die Volksschulen betreffenden Gesetzentwurf.

Die Kommission beantragt die unveränderte Annahme des Entwurfs. Die allgemeinen Ausführungen des Kommissionsberichts finden unsere Leser in der Beilage dieses Blattes.

Wir entnehmen dem Bericht noch Folgendes:

„Als wesentliche Aenderungen des bisherigen Zustandes sind vornehmlich folgende Punkte hervorzuheben. Der Pfarrer ist fortan nicht mehr der geborene Schulinspektor; vielmehr ist dieses Amt als besondere Stelle ganz beseitigt. An seine Stelle tritt ein Ortsschulrath, der nicht von der Regierung ernannt ist, sondern zum Theil aus ständigen, zum Theil aus gewählten Mitgliedern besteht. Ihm wohnt der Schullehrer nicht mehr blos mitberathend, sondern mitbeschließend bei. Den Vorsitz in dem Ortsschulrath führt nicht mehr der Pfarrer als solcher, sondern ein von der Regierung dazu ernanntes Mitglied. Die Bezirksschulvisitatoren werden durch Kreisschulräthe ersetzt; dieselben müssen nicht mehr der Geistlichkeit entnommen sein, vielmehr wird dieses Amt einerseits kein konfessionelles mehr sein, andererseits dem Geistlichen nicht mehr als Nebengeschäft übertragen, sondern von ernannten Personen bekleidet werden, deren Beruf die Schulaufsicht in den einzelnen Kreisen ist. Die übrigen Bestimmungen sind lediglich Konsequenzen, wie sie sich aus diesen allgemeinen Grundsätzen ergeben.

Indem sich die Kommission einmüthig mit diesen Grundsätzen einverstanden erklärt, freut sie sich, über die einzelnen ausführenden Bestimmungen sich in gleichem Einklang mit der großh. Regierung zu befinden.“

Von der heutigen Debatte geben wir in Folgendem vorerst nur eine übersichtliche Darstellung, uns ausführlicheren Bericht vorbehaltend.

Zunächst ergreift das Wort

Oberschulraths-Direktor Knies, um in eingehender Weise den Standpunkt und das Verfahren der Regierung in Beziehung auf den vorliegenden Gesetzentwurf darzulegen. Der letztere sei weiter nichts als ein einfacher Vollzug, eine selbstverständliche Konsequenz der Gesetzgebung von 1860, zu der die Oberschulbehörde durch die Bestimmung dieser Gesetzgebung selbst veranlaßt und verpflichtet war. Redner weist dabei, namentlich darauf hin, daß der von ultra-kirchlicher Seite erhobene Vorwurf, als hätte der Oberschulrath bei Ausarbeitung der Schulfrage die Kirchen zu hören versäumt.

Redner geht nun zu einer Darlegung der Hauptpunkte des Entwurfs über und weist darauf hin, daß in dieser Beziehung große Mißverständnisse verbreitet seien.

Der vorliegende Entwurf enthalte durchaus gar nichts, was sich nicht eigentlich als einfache unvermeidliche Konsequenz der bestehenden Gesetzgebung darstelle und was sich nicht in andern Staaten schon bewährt habe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Recht der Aufsicht über die Erziehung seiner künftigen Staatsbürger sei ein unveräußerliches Recht des Staates, das er immer besessen habe und dessen sich keine Regierung entschlagen könne, ebensowenig wie man der Kirche ihr unveräußerliches Recht auf die religiöse Erziehung entziehen könne. Beides seien selbständige Gebiete, aber ein friedliches Zusammenwirken beider sei nicht allein möglich, sondern auch im höchsten Grade wünschenswerth und jeder andern Lösung vorzuziehen.

Dies sei auch der Grundgedanke des Entwurfs, der ein solches friedliches Zusammenwirken von Staat und Kirche mit den loyalsten, versöhnlichsten Mitteln zu erreichen strebe. In dieser Hinsicht habe die großh. Regierung das beruhigende Bewußtsein, sogar über das Maß ihrer Verpflichtung hinaus Alles, was ihr möglich war, gethan zu haben, und sie könne, wenn mißliche Folgen entstünden, die Verantwortung dafür ruhig Denen überlassen, die sie herbeiführten.

Von den eingezeichneten Rednern erhält hierauf zunächst Abg. Spohn das Wort, der einen präjudizirlichen Antrag dahin stellt und begründet, daß die Kammer von der Berathung des vorliegenden Gesetzentwurfs Umgang nehmen, und der Regierung vertrauensvoll überlassen möge, die Frage vorerst bis zum Zustandekommen des ganzen Schulgesetzes im Wege der Verordnung statt des Gesetzes zu regeln.

Oberschulraths-Direktor Knies erklärt sich gegen diesen Antrag. Es sei nicht Sache der Kammer, ihre Mitwirkung, wenn diese ausdrücklich von der Regierung in Anspruch genommen werde, abzulehnen. Die Regierung müßte ein derartiges Vertrauensvotum als eine Art Danaer-Geschenk ansehen. Sie wünsche in dieser Frage die volle, nur in einem Gesetz liegende Garantie, die überdies für gewisse nicht unwesentliche Punkte des Entwurfs geradezu Erforderniß sei.

Berichterstatter Häusser bittet, den Spohn'schen Antrag mit möglichst großer Majorität abzulehnen. Es handle sich ja gerade darum, dem Schulwesen eine feste gesetzliche Basis zu geben und es nicht ferner dem ungewissen, unsichern Gang einer bloßen Regierungsverordnung zu überlassen. Die Ablehnung der Mitwirkung wäre eine eigenthümliche Selbstverläugnung der Kammer, ein bedenklicher Rückzug in der Sache; er freue sich, daß die Regierung dies Danaer-Geschenk entschieden zurückweise.

Die Regierung bedürfe in dieser Frage der Mitwirkung der Stände; sie abzulehnen, würde er für unverantwortlich halten.

Abg. Spohn: Er spreche es ausdrücklich aus, daß er kein Danaer-Geschenk der Regierung anbieten wolle, sondern ein ehrlich gemeintes Vertrauen.

Abg. Prestinari erklärt sich ebenfalls gegen den Spohn'schen Antrag. Wenn die Regierung auch das Recht habe, die Sache durch Verordnung zu regeln, dürfe die Kammer doch jetzt nicht ihre beanspruchte Mitwirkung versagen.

Abg. Beck erklärt sich, namentlich gegenüber den mannigfachen Aufstachelungen der Gegner, ebenfalls für diese Ansicht; ebenso Abg. Kirsner.

Abg. Spohn zieht hierauf seinen Antrag, der überdies nicht unterstützt ist, zurück.

Staatsrath Lamey weist auf die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der gesetzlichen Regelung dieser Frage hin, da eine bloße Verordnung gerade bei den Gegnern der Schulreform auf entschiedenen Widerspruch stoßen würde.

Die allgemeine Diskussion über den Gesetzentwurf selbst wird hierauf eröffnet.

Abg. Kimmig stimmt dem Entwurf vollständig bei und hofft, daß die Regierung dem bloß auf Irreführung des Volks gerichteten Gebahren der klerikalen Gegner entschieden entgegentreten werde.

Abg. Prestinari erklärt sich im Allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Wenn er auch das Gebahren eines Theils des Klerus mißbillige, sei doch nicht zu verkennen, daß von Seiten des Lehrerstandes ebenfalls maßlose Uebertreibungen vorgekommen seien. Redner beruft sich hiefür auf einige Stellen eines Heidelberger Lehrervortrags, und spricht dann seine Ansicht dahin aus, daß die Ortsschulaufsicht künftig nur durch geschickte und eifrige Theilnahme des Pfarrers gedeihen könne.

Abg. Gschrey stimmt dem Gesetz freudig bei;

Abg. Kirsner ebenfalls mit der Ueberzeugung, daß der Geistliche nach wie vor seinen Einfluß behalten werde, wenn er ihn im rechten Geist geltend machen werde.

Für einzelne Maßlosigkeiten der Lehrer dürfe man nicht alle verantwortlich machen.

Abg. Roßhirt bemerkt gegenüber der Ausführung des Berichts, die Kirche habe bis jetzt nichts für die Volksschule gethan, daß wohl gerade die umgekehrte Ansicht die richtige sei, die Volksschule verdanke sehr viel der Kirche. Ebenso müsse er sich gegen die Ansicht erklären, als sei eine vollständige Trennung von Staat und Kirche vorhanden. Er billige nicht die Ausschreitungen einzelner Klerikalen, dagegen habe auch die Presse sich in Maßlosigkeiten gegen die Kirche ergangen. Redner sucht nachzuweisen, daß eine totale Abänderung der Schulgesetzgebung durch die Gesetzgebung des Jahres 1860 nicht beabsichtigt worden, daß eine solche Abänderung aber auch nicht nöthig sei. Er hätte gewünscht, daß es zu Vereinbarungen kommen möge. Auch die Wissenschaft, Männer wie Richter und Bluntschli, seien für eine wirkliche und „eingreifende Wirksamkeit" und Betheiligung der Kirche bei der Schule. Eine solche Stellung sei aber der Kirche in dem gegenwärtigen Entwurf nicht eingeräumt, eine erhöhtere Mitwirkung der beiden Kirchen zu dem Schulwesen, namentlich eine Mitwirkung in sämmtlichen Instanzen, wäre wünschenswerth, namentlich müßte der Schlußsatz des §. 8 modifizirt werden.

Oberschulraths-Direktor Knies erwiedert auf einzelne Punkte des Vorredners.

Wenn man sich auf wissenschaftliche Autoritäten berufe, so sei eben ja auch das Streben der Regierung auf Mitwirkung der Kirche in gemeinsamer Bethätigung für die Interessen der aufwachsenden Jugend gerichtet, und er gebe die Hoffnung nicht auf, daß dieses Streben erreicht werde.

Abg. Pagenstecher: Ein guter Theil der Geistlichkeit habe ihre Gegnerschaft mit dem gegenwärtigen Entwurf dokumentirt. Er betrachte aber einen jeden Kampf mit der Geistlichkeit als ein nationales Unglück, das er gerne abwende möchte; denn die Angriffe auf die Geistlichen erschienen doch immer indirekt als Angriffe gegen die Religion. Feinde aber der Religion seien keine unter den Mitgliedern dieses Hauses; man will die Religion bis in ihre konfessionellen Details dem Volke erhalten, aber man will die Beherrschung des ganzen Unterrichts nicht mehr dem Klerus überlassen, und das ist allerdings für die Klerikalen ein harter Schlag. Redner verbreitet sich nun sehr ausführlich über die Stellung der Wissenschaft zur Kirche, und hofft, daß unsere Geistlichkeit nicht in dem trotzigen Widerstand beharren werde, um so mehr, als wohl die Kammer mit Freude und großer Majorität dem Gesetz zustimmen werde.

Abg. Busch erklärt, daß er dem Gesetz vollständig zustimmen werde, wie er mit dem Kirchengesetz von 1860 einverstanden sei.

Er hoffe und sei überzeugt, daß das Gesetz nicht allein für das engere, sondern auch für das weitere Vaterland segenbringend sein werde.

Staatsrath Lamey: Wenn die Regierung gleich im Jahr 1860 das vorliegende Gesetz vorgelegt hätte, so würde Niemand wohl darin einen Anlaß zu einer Polemik gefunden haben. Es gibt der Kirche mehr, als sie damals selbst verlangt hat; denn von allen den Prätentionen, die man jetzt macht, steht nichts im Konkordat; die Kirche hat jetzt mehr als sie sogar nach dem Konkordat erlangt hätte. Dort ist überall nur von der religiösen Erziehung die Rede, und diese ist jetzt noch viel freier als früher der Kirche überlassen.

Redner bespricht nun die Vorwürfe, die die Regierung von entgegengesetzter Seite aus in dieser Frage, namentlich auch in der klerikalen Presse erfahren. Diese Partei ergreife jeden Anlaß, um der Regierung Opposition zu machen, selbst die Notenbank könne sich Dem nicht entziehen, als Oppositionsmittel zu dienen.

Man geht aber auf kirchlicher Seite von der falschen Unterstellung aus, daß die Kirchen durch die Gesetzgebung von 1860 souverän gestellt seien. Man verwechselt die den Kirchen eingeräumte selbständige Stellung mit einer souveränen.

Redner geht nun auf einzelne Punkte der Debatte ein. Nicht richtig sei, daß durch das vorliegende Gesetz der Einfluß der Kirche geschmälert werde. Ein unbefangener Beurtheiler des Entwurfs müsse vielmehr erklären, daß dadurch den Kirchen alles Das eingeräumt werde, was der Staat ihnen ohne Verlassen seines Prinzips einräumen konnte.

Abg. Kopfer motivirt seine Abstimmung für das Gesetz; er hätte freilich dasselbe in gewisser Beziehung kräftiger gewünscht, namentlich in der Richtung der Kommunalschulen; er sehe das gegenwärtige Gesetz nur als ein vorübergehendes, als eine Abschlagszahlung an, dem die vollständige Durchführung der Kommunalschulen folgen werde.

Abg. Wenzler spricht seine freudige Zustimmung zu dem Gesetz aus.

Abg. Fischler: Das gegenwärtige Gesetz habe ihm nicht den freudigen Eindruck gemacht, wie Andern; man hätte ein Uebereinkommen mit der Kirche schließen sollen. Die Geistlichen sollten jedenfalls obligatorische Vorstände des Ortsschulraths sein.

Abg. Moll: Das Gesetz sei ein so durchaus maßvolles und weises, daß er nicht begreifen könne, wie man bei diesem äußersten Entgegenkommen Seitens der Regierung noch eine weitere Verständigung verlangen könne. Redner weist darauf hin, daß die Ziele des Staats und der Kirche schließlich dieselben seien und deßhalb eine Verständigung zu hoffen.

Abg. Fauler anerkennt freudig, daß die Regierung den Weg der gesetzlichen Regelung betreten habe und daß dies in so maßvoller Weise geschehen sei.

Wenn wir auch Ausschreitungen zu beklagen haben, so wird doch der Friede wiederkehren. Anzuerkennen ist übrigens die Haltung der Bevölkerung gegenüber der maßlosen Agitation der extreme kirchlichen Partei, die sich mit der Kirche selbst identifizirt.

Sollte der Friede aber nicht wiederkehren, sollte man in die alte Rüstkammer greifen, um mit Exkommunikation u. s. w. zu drohen, so wird dies nur die Folge einer heilsamen Reaktion innerhalb der Kirche selbst haben.

Abg. Lamey (Pforzheim): Der Gesetzentwurf sei ein Fortschritt, der das Recht der Aufsicht in die Hände Derer legt, die ein Interesse an deren Zukunft haben. Mit gutem Gewissen und Freude stimme er ihm bei.

Staatsrath Lamey entgegnet dem Abg. Fischler, wenn man bei der Ortsschulbehörde der Kirche Alles eingeräumt hätte, was sie forderte, so wäre man von Seiten der Kirche noch weiter gegangen, man hätte auch die Mitwirkung im Oberschulrath und den katholischen Referenten im Ministerium bewilligen müssen.

Berichterstatter Häusser bemerkt zunächst, daß seit dem Druck des Berichts noch einige Petitionen für die Schulreform eingekommen seien, worunter auch erfreulicher Weise einige Geistliche unterschrieben seien, und konstatirt dann, daß prinzipiell sich eigentlich kein Redner gegen die Vorlage erklärt habe.

Was die Anschauungen des Lehrerstandes betreffe, so mache die Schrift des Landes-Lehrerausschusses einen wohlthätigen Eindruck durch ihren nüchternen maßvollen Inhalt und die anständige Form der Darstellung und unterscheide sich vortheilhaft von den Preßerzeugnissen der klerikalen Partei.

Redner verliest eine Stelle des Hirtenbriefs, der unsere Zustände mit denen zur Zeit Julian's des Abtrünnigen in Parallele stellt.

Es sei doch etwas ganz Anderes, ob einzelne Lehrer unverständige Anforderungen stellten, oder ob die Kirchengewalt selbst solche Brandschriften ausstreut. Nur die Kirche freilich selbst könne durch solch' ein Gebahren verlieren, sonst Niemand.

Eine Parallele dieses Treibens aber mit einzelnen Ausschreitungen der Lehrer, wie sie der Abg. Prestinari gezogen, sei doch nicht billig. Uebrigens werde gerade auch für die Stellung der Lehrer selbst das vorliegende Gesetz von dem besten Erfolg sein.

Redner entgegnet nun noch einzelnen Bemerkungen der Vorredner, namentlich der Abgg. Roßhirt und Fischler, und weist auf die allmälige historische Entwicklung der Volksschule hin, die, ein Produkt der neuern Zeit, namentlich der Reformation, von dem Klerus nicht nur keine Unterstützung, sondern Anfechtung erduldet habe. Er halte in dieser Beziehung jedes Wort seines Kommissionsberichts aufrecht, namentlich das, daß die Hierarchie der Todfeind jeder Volksschule sei und immer sein werde; denn die Volksschule sei der „treffliche Minirer", der der Theokratie den Boden unter den Füßen wegziehe. Was die Berufung auf Bluntschli betreffe, so werde der Abg. Roßhirt demnächst Gelegenheit haben, eine authentische Interpretation des Zitats zu vernehmen.

Redner empfiehlt die möglichste einstimmige Annahme des Entwurfs.

Die allgemeine Diskussion wird hierauf geschlossen und die Berathung der einzelnen Paragraphen des Gesetzes auf Montag verschoben.

Schluß der Sitzung nach fünfstündiger Dauer um 2 Uhr.

†† Karlsruhe, 25. Juni. 68. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 27. Juni, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Budgetkommission über die Darstellung des umlaufenden Betriebsfonds des allgemeinen Staatshaushalts auf letzten Dezember v. J., sowie den Voranschlag des Bedürfnisses für 1864 und 1865 — erstattet von dem Abg. Kirsner. 3) Erstattung und Berathung des Berichts der Budgetkommission (Abg. Kirsner) über das Budget der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse für 1864 und 1865. 4) Fortsetzung der Berathung des Berichts des Abg. Häusser zu dem Gesetzentwurf über die Aufsichtsbehörden für die Volksschulen.

Baden.

Karlsruhe, 25. Juni. Die folgenden 7 Kandidaten der Theologie, welche sich der diesjährigen Frühjahrsprüfung unterzogen haben, sind in nachstehender Ordnung unter die Zahl der evang. Pfarrkandidaten aufgenommen worden: M. Dorner von Lahr, E. Gebhard von Auerbach, L. Purmann von Schwetzingen, E. Nüßle von Sandhofen, W. Kraus von Prechthal, H. Eisenlohr von Börstetten, Fr. Zimmermann von Heidelberg.

†* Bruchsal, 24. Juni. Sicherm Vernehmen nach haben die Mitglieder und Angestellten des Hofgerichts heute die Weisung erhalten, mit Rücksicht auf die bevorstehende Einführung der neuen Organisation ihre Miethwohnungen zu kündigen.

≌ Bruchsal, 24. Juni. (Schwurgericht.) Unter dem Vorsitz des Hrn. Hofgerichts-Raths Dr. Puchelt, welcher in sämmtlichen Fällen präsidiren wird, wurde heute die Sommersitzung des mittelrheinischen Schwurgerichts eröffnet, wozu sich die eingeladenen Geschwornen, mit Ausnahme von drei Hauptgeschwornen und einem Ersatzgeschwornen, eingefunden hatten. Von den Fehlenden ist einer gestorben und zwei wurden wegen Krankheit für entschuldigt erklärt, und der Vierte wurde wegen unentschuldigten Ausbleibens in eine Geldstrafe von einhundert Gulden verfällt.

Auf der Bank der Angeklagten saß ein 15jähriger Bube, Jakob Peter Schlaier von Unteröwisheim, unter der schweren Beschuldigung einer Tödtung. Am Charfreitag Nachmittag (25. März l. J.) waren nämlich die Buben im Alter von 14 bis 17 Jahren aus den nahe bei einander liegenden Dörfern Ober- und Unteröwisheim spazieren gegangen, um sich Pfeifen zu schneiden. Es kam zwischen den verschiedenen Parteien zu Neckereien, Schimpfereien und zum Werfen. Einige Unteröwisheimer, worunter der Angeklagte, verfolgten ihre Gegner und holten sie ein, worauf sie den 14jährigen Johann Bürk mit Stöcken schlugen; dessen nahm sich sein Bruder an, der 17 Jahre alte Hermann Bürk (Sohn des Hauptlehrers Bürk von Oberöwisheim), und drängte den Angeklagten zurück. Mit einer Drohung gegen Hermann Bürk sprang der Angeklagte zu seinen Kameraden auf die andere Seite des Hohlwegs, wo sich die Sache zutrug, und warf einen 1½ Pfd. schweren kantigen Stein nach Hermann Bürk, den er, zumal derselbe um 8 Fuß tiefer und nur etwa 10 Schritte von ihm entfernt stand, so kräftig an den Vorderkopf traf, daß Hermann Bürck umfiel, und zwar noch ohne Hilfe nach Haus gehen konnte, aber noch am nämlichen Abend starb, da der Wurf vielfache Sprünge der Schädelknochen und sehr große Blutergießungen im Gehirn verursacht hatte.

Obwohl die That selbst durch das Geständniß des Angeklagten und die Zeugenaussagen außer Zweifel gesetzt war, ergab sich doch für die mündlichen Vorträge des Hrn. Staatsanwalts Haaß und des Vertheidigers, Hrn. Obergerichts-Advokaten Straus, ein sehr anziehender Stoff, da wegen der Jugend des Angeklagten dessen ausnahmsweise Zurechnungsfähigkeit nachzuweisen war, und da überdies noch die Frage wegen des Grades der Möglichkeit von Voraussicht des Erfolgs besondere Schwierigkeiten darbot.

In letzterer Beziehung lautete der Wahrspruch zu Gunsten des Angeklagten, im Uebrigen aber traten die Geschwornen der Anschauung der Staatsbehörde bei, so daß der Angeklagte mit Berücksichtigung seiner Jugend noch zu 6 Monaten Kreisgefängniß-Strafe verurtheilt wurde.

Da der Angeklagte nicht fluchtverdächtig ist, so wurde er nach Verkündung des Urtheils aus dem Untersuchungsverhaft entlassen, und benützte dies sogleich, um sich für „die gnädige Strafe" zu bedanken.

≌ Mannheim, 23. Juni. (Schwurgericht.) Heute Vormittag erfolgte dahier die Eröffnung der Schwurgerichts-Sitzung des zweiten Quartals unter dem Vorsitze des großh. Hofgerichts-Raths Löwig mit der Verhandlung gegen den ledigen, zwanzigjährigen Bauernsohn Karl Rincker von Distelhausen wegen gefährlichen Diebstahls. Dieselbe ging dahin, daß der Angeklagte am Abend des 18. März l. J., Abends zwischen 9 und 10 Uhr, in den über der bewohnten Mühle des Andreas Weber von Distelhausen gelegenen Speicher in einer Weise eingestiegen sei, daß er im Fall seiner Betretung nicht leicht hätte entfliehen können, und aus demselben 100 Pfd. Korn im Werthe von 3 fl. 30 kr. entwendet habe. Der Angeklagte läugnete zwar die That, allein er war in dem Augenblick, als er mit der entwendeten Frucht sich von der Mühle entfernte, entdeckt und verfolgt worden, wobei seine Verfolger beim Schein des Mondes die Person des Karl Rincker in ihm zu erkennen glaubten; außerdem verlor er auf seiner Flucht die Mütze, welche in der Folge mit Bestimmtheit als die des Angeklagten rekognoszirt wurde. Die von dem Letztern zu seiner Entlastung vorgebrachten Behauptungen konnten dagegen nicht erwiesen werden, und die Geschwornen sahen sich daher zu einem Wahrspruch veranlaßt, wornach der Angeklagte des gefährlichen Diebstahls für schuldig erklärt und, da der Fall als ein leichterer zu betrachten war, zu einer Arbeitshausstrafe von 2 Jahren oder einem Jahr und 4 Monaten in Einzelhaft verurtheilt wurde. Hr. Referendär Exter, der heute erstmals als Vertheidiger aufgetreten war, hatte sich bezüglich der Art und Weise, in der er sich seiner Aufgabe entledigte, des allgemeinen Beifalls zu erfreuen.

Vermischte Nachrichten.

— Die bisher im ganzen Königreich Bayern für das Königs-Denkmal gezeichneten Beiträge dürften nach dem „Nürnb. Korresp." die Summe von ca. 250,000 fl. erreichen.

— Würzburg, 21. Juni. Hr. Chemnitz, der Verfasser des Schleswig-Holstein-Liedes, hat wieder eine Anstellung in seinem Vaterlande gefunden, vorläufig als Aktuar bei der Hardesvogtei Hohn bei Rendsburg.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

24. Juni.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28" 0,39'''	+12,5	S.W.	schw. bew.	Snsch. wdg. kühl
Mittags 2 „	„ 1,09'''	+16,0	„	stark „	Sonnenbl. warm
Nachts 9 „	„ 1,10'''	+12,0	„	schw. „	sternhell, kühl

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.k.697. Nr. 2511. Pforzheim.

Offene Stelle für einen Assistenzarzt.

An der großh. Heil- und Pflegeanstalt zu Pforzheim ist eine Stelle für einen unverheiratheten Assistenzarzt mit einem Gehalt von 6- bis 700 fl. frei geworden. Bewerber um dieselbe wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse innerhalb 14 Tagen bei der unterzeichneten Direktion melden.

Pforzheim, den 24. Juni 1864.

Großh. Direktion der Heil- und Pflegeanstalt.
Dr. Fischer.

Z.k.700. Schopfheim. Mit nächstem Monat beginnt ein neues Abonnement auf den von mir herausgegebenen

Statthalter von Schopfheim.

Wöchentliche Berichte und Unterhaltungen aus dem Leben der Heimath.

Preis in Schopfheim vierteljährlich 30 kr., halbjährlich 1 fl., durch die badische Post bezogen, einschließlich der Bestellgebühr, vierteljährlich 42 kr., halbjährlich 1 fl. 24 kr.

Bestellungen werden bei allen großh. Postanstalten und Postboten entgegengenommen, und wollen dieselben gefälligst rechtzeitig gemacht werden.

Schopfheim, im Juni 1864.

Georg Uehlin.

Z.k.699. Karlsruhe.

Verloosung der Pestalozzi-Lotterie-Gegenstände.

Die Verloosung der Pestalozzi-Lotterie-Gegenstände findet **Montag den 27. Juni** unter polizeilicher Leitung in den untern Räumen des Museumsgebäudes statt, und beginnt Vormittags 8 Uhr; wobei Jedermann Zutritt hat.

Das Central-Komitee.

Z.k.703. Karlsruhe.

Gräflich Leiningen-Neudenau 4% Anlehen.

Die per 1. Juli c. fälligen Coupons, sowie die früher gezogenen und am 1. Juli c. zur Heimzahlung kommenden Obligationen

Nr. 57 1 St. à 500 fl.
„ 44, 82, 109 3 „ à 100 fl. } 800 fl.

obengenannten Anlehens werden von heute an, an unserer Kasse eingelöst.

Karlsruhe, den 27. Juni 1864.

G. Müller & Cons.

Z.k.702. Karlsruhe.

5% Anlehen der Mech. Hanf-Spinnerei und Weberei Emmendingen.

Die per 1. Juli a. c fälligen Coupons obengenannten Anlehens werden von heute an, an unserer Kasse eingelöst.

Karlsruhe, den 27. Juni 1864.

G. Müller & Cons.

Z.k.704. Karlsruhe.

Großh. Bad. 35-fl.-Loos, Serie 6014, Nr. 300,700.

Der jetzige Besitzer obigen Looses wird eben so dringend als ergebenst ersucht, dem früheren Inhaber dieses Looses, da demselben sehr viel an der Wiedererlangung liegt, dasselbe wieder durch Kauf abzulassen, und würde ein weit höherer Preis, als der des Kurses dafür bezahlt werden von dem damit beauftragten

Kommissions- und Geschäfts-Bureau von A. Sondheim, Zähringerstraße Nr. 65.

Z.k.691. Karlsruhe.

Lager von allen Sorten **Roßhaaren, Bettfedern, Daunen** und ächten **Eiderdaunen** en gros und en detail bei

J. Stüber.

Alwin Taatz, Halle a. S., Preussen,

bisher Geschäftsführer des Herrn J. D. Garrett in Buckau, beehrt sich den Herren Landwirthen die ergebene Mittheilung zu machen, daß er zu Halle a. S. eine Maschinenfabrik zunächst für **Drillmaschinen, Düngervertheiler und Pferdehacken, welche er mit wesentlichen Verbesserungen liefert,** errichtete und empfiehlt sich bei Bedarf zur geneigten Berücksichtigung.

Kataloge, enthaltend alle Einzelnheiten der Maschinen, als: Verbesserungen, Garantie, Preise und Lieferungen, stehen gratis zu Diensten. Maschinen, fertig und in Arbeit, stehen zur Ansicht und werden auf Wunsch zu Versuchen geliehen. Z.k.600.

Kutscher-Gesuch.

Z.k.662. Auf 1. Juli oder 1. August wird ein Kutscher gesucht; doch nur solche, welche gute Zeugnisse aufzuweisen haben, können Berücksichtigung finden.

Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Z.k.679. Bretten.

Pflästerergesuch.

Mehrere tüchtige Pflästerer, die auf großen Lohn Anspruch machen können, werden gesucht von

Konrad Fritz, Pflästerermeister.

Z.h.271. Mannheim.

Guano

aus den Anfuhren der **Peruanischen Regierung** billigst zu beziehen durch

G. Köhler & Koch in **Mannheim.**

Z.k.478. Baden-Baden.

Zu verkaufen

das Haus Nr. 313 Lichtenthalerstraße in Baden-Baden.

Z.k.668.

Es ist eine bekannte Erscheinung,

daß Diejenigen, welche durch irgendeine Erfindung die Marksteine des Wissens weitergerückt, oder für das Wohl der Menschheit in epochemachender Weise gewirkt haben, mit unzähligen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, ehe ihre Ideen fruchtbringend wurden; ja, oft genug haben diese letzteren erst in ganz späten Zeiten ihre heilsame Wirkung entfaltet.

Wer nur einigermaßen mit der Geschichte vertraut ist, wird die Wahrheit dieser Behauptung nicht bezweifeln. Nun unterscheiden sich aber unsere Tage von den früheren Zeiten namentlich dadurch, daß jede Erfindung raschmöglichst Gemeingut wird, und die öffentliche Meinung, welche heutzutage die einzige Richterin des Erfolges geworden ist, kommt durch die öffentlichen Blätter weit eher zur Geltung, als früher. Das allein ist der Grund, weßhalb wir stets damit fortfahren, Aussprüche und Urtheile über das Hoff'sche Malzextrakt-Gesundheitsbier, die an den Königlichen Hoflieferanten Herrn Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmsstraße Nr. 1 (an der Marschallsbrücke), sowie an dessen

Filiale in Köln, Hochstraße Nr. 12,

gerichtet sind, schnellmöglichst in die Offentlichkeit zu bringen, um so dem Publikum Gelegenheit zu geben, sich selbst ein Urtheil über die Vortrefflichkeit und Heilkräftigkeit dieses auch als Salon- und Tafelgetränk so berühmt gewordenen Fabrikats zu bilden.

Wir geben heute wieder einige Schreiben als Aufmunterung für die Leidenden, sich desselben vertrauensvoll zu bedienen, im Auszuge wieder:

Indem wir Ew. Wohlgeboren für die pünktliche Sendung Ihres bewährten und ausgezeichneten Malzextrakt-Gesundheitsbieres für Rechnung unseres gnädigsten Herrn, Sr. Durchlaucht des Prinzen zu Bentheim-Tecklenburg, gehorsamst danken sollen, fügen wir den Betrag bei und bitten um fernere Sendung 2c.

Schloß Hafeld bei Rheda in Westfalen. Fürstliche Hofverwaltung: Rein.

Wohlgeborner Herr! Ich eile, Ihnen den Empfang der mit geehrtem Schreiben angezeigten Sendung Malzextrakt-Gesundheitsbier zu melden und den Betrag hier beizufügen. Ich bitte zugleich um weiteren Transport 2c. — Ich erachte es als eine eben so heilige als angenehme Pflicht gegen die leidende Menschheit, wie gegen den Erfinder eines so eminent heilsamen Mittels, nach Kräften mitzuwirken, daß letzteres meinen Mitmenschen möglichst zugänglich werde, und zeichne hochachtungsvoll Ew. Wohlgeboren ergebenster

München. Ludwig, Fürst von Oettingen-Wallerstein,
Königl. bayerischer Staatsrath im außerordentl. Dienste.

Wohlgeborner Herr! Ich erhielt von der Gräfin Odonnell einen Brief, in welchem sie mir das Hoff'sche Malzextrakt-Gesundheitsbier aus Erfahrung als sehr wirksam anempfiehlt. Ich ersuche Sie daher, mir von demselben so viel schicken zu wollen, als für die Kur von zwei Personen erforderlich ist 2c.

Rom. Fürstin Louise Volkonsky.

Florenz, den 26. Februar 1864.

Mein Herr! Haben Sie gefälligst die Gewogenheit, mir bald nach Empfang dieses 25 Flaschen Ihres wohlschmeckenden Malzextrakt-Gesundheitsbieres zu übersenden, in eben derselben guten Qualität, wie im vorigen Jahre. Adressiren Sie die Sendung nach meinem Palais Janeiatichi Borgo Pinti, Florence. — Empfangen Sie den Ausdruck meiner größten Anerkennung und ausgezeichneten Hochachtung.

Prinzeß Natalie Manveloff.

Ew. Wohlgeboren ersuche ich, mir gefälligst eine neue Sendung 2c. — Ich ergreife diese Gelegenheit, um auch von meiner Seite die ganz ausgezeichnete Wirkung Ihres vortrefflichen Malzextraktes anzuerkennen; denn jetzt schon, nach dem kurzen Gebrauche dieses wohlschmeckenden Getränkes, empfinde ich die stärkende Kraft desselben in hohem Grade.

Salzungen. Mit aller Hochtung zeichnet

Ernestine von Swaine, geb. Prinzessin zu Löwenstein-Bentheim-Freudenberg.

Haupt-Depot bei Herrn Michael Hirsch in Karlsruhe.

3% 100-Francs-Loose der Stadt Bordeaux.

Nächste Ziehung am 1. Juli dieses Jahres.

Gewinne und Zinsen zahlbar in Z.k.626.

Frankfurt a. M., Paris und Brüssel.

Z.f.846. Bremen. **Norddeutscher Lloyd.**

Direkte Postdampfschifffahrt

zwischen

Bremen und New-York,

Southampton anlaufend:

D. **Amerika,**	Capt. **H. Wessels,**	Sonnabend 2. Juli.
D. **Bremen,**	Capt. **C. Meyer,**	Sonnabend 16. Juli.
D. **Hansa,**	Capt. **H. J. v. Santen,**	Sonnabend 30. Juli.
D. **New-York,**	Capt. **G. Wenke,**	Sonnabend 13. August.
D. **Amerika,**	Capt. **H. Wessels,**	Sonnabend 27. August.

Passage-Preise: Erste Cajüte 150 Thaler, zweite Cajüte 110 Thaler, Zwischendeck 70 Thaler Courant, incl. Beköstigung. Kinder unter zehn Jahren auf allen Plätzen die Hälfte; Säuglinge 3 Thaler Courant.

Güterfracht: Bis auf Weiteres 2 Pfd. St. 10 Sh., resp. 3 Pfd. St. 10 Sh. mit 15 % Primage pr. 40 Cubikfuß Bremer Maße.

Nähere Auskunft ertheilen: in **Karlsruhe** die HH. Hauptagenten **A. Bielefeld — Franz Perrin Sohn — J. Stüber,** Vorstand des badischen Auswanderungsvereins; in **Bruchsal** Hr. **Alex. Levisohn;** in **Eppingen** HH. **Fleischer & Ulmann;** in **Bretten** Hr. **Jos. Gaum;** in **Ettlingen** Hr. **A. Streit;** in **Rastatt** Hr. **J. Frick:** in **Kehl** HH. **Walter & Durain.**

Die Direction des Norddeutschen Lloyd.

Bremen, 1864. **Crüsemann,** Direktor. **H. Peters,** Prokurant.

Z.f.855. **Constantin Württemberger, Speditions-Geschäft,** in **Bremen.**

Z.k.696. Auenheim.

Auflage des Lagerbuchs.

Vom 28. Juni d. J. an ist das Lagerbuch der Gemarkung Hesselhurst während zweier Monate auf dem Rathhause daselbst öffentlich aufgelegt.

Diejenigen Grundeigenthümer, welche etwaige Einwendungen gegen den Inhalt der in diesem Lagerbuch eingetragenen Beschreibungen der Liegenschaften und ihrer Rechtsbeschaffenheit zu machen haben, werden hiermit aufgefordert, dieselben innerhalb der angegebenen Frist bei dem Unterzeichneten mündlich oder schriftlich vorzubringen.

Auenheim, den 24. Juni 1864.

Der Bezirksgeometer
C. Protz.

Z.h.283. Mannheim.

Knochenmehl

in verschiedenen Sorten billigst bei

G. Köhler & Koch in **Mannheim.**

Zu verkaufen.

Z.k.644. Ein neuer **galvanischer Apparat,** neueste Pariser Manier, nebst Anweisung, billig zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Z.i.390. Karlsruhe.

Fahrnißversteigerung.

Aus dem Nachlaß der † Fräulein Friederike Eyth dahier werden auf Antrag der Betheiligten

Montag den 27. und Dienstag den 28. Juni 1864,
jeweils Vormittags 9 und Nachmittags 2 Uhr beginnend,

in der Erbprinzenstraße Nr. 22 dahier öffentlich versteigert:

Gold, Silber, Frauenkleider, Bettung, Weißzeug, Schreinwerk, Küchegeräthe, allerlei Hausrath.

Karlsruhe, den 23. Juni 1864.

Großh. bad. Stadtamtsrevisorat.
G. Gerhard.

Z.i.349. Freiburg.

Liegenschafts-Versteigerung.

Friedrich und Marie Frei zum Adler in Oberried lassen

Montag den 11. Juli 1864,
Mittags 12 Uhr,

durch Distriktsnotar Glyckherr im Wirthshause zum Adler in Oberried ihr in Oberried liegendes, geschlossenes Gut der öffentlichen Steigerung aussetzen. Dasselbe besteht

1) in dem von Stein erbauten, zweistöckigen Gasthaus zum Adler in Oberried mit der Realwirthschaftsgerechtigkeit und einer damit verbundenen Kundenmühle, Scheuer, Stallungen und Schweinställen; sodann
2) in einem zweistöckigen Wohn- und Waschhaus, von Stein erbaut;
3) in einem zweistöckigen Wohnhaus, von Stein erbaut, Speicher mit gewölbtem Keller;
4) 8 Morgen Acker;
5) 4 Morgen Acker und Weidfeld;
6) 1 Morgen 8 Ruthen Wiesen;
7) einem Bauerntheil an den Oberrieder Genossenschaftsgütern.

Die Bedingungen werden am Steigerungstag bekannt gemacht werden.

Das Ganze ist geschätzt zu . . . . 19,150 fl.

Freiburg, den 21. Juni 1864.

Großh. bad. Landamtsrevisorat.
Aberle.

Z.i.365. Nr. 6601. Karlsruhe.

Villa-Versteigerung.

Herr Emillo Balbach, Fabrikant, und seine Kinder lassen ihre eigenthümliche, vor dem Mühlburger Thor an der Straße von Karlsruhe nach Mühlburg und ganz nahe an der Eisenbahn gelegene, unten beschriebene Villa im Geschäftszimmer des Notars Süß, Innerer Zirkel Nr. 33 dahier, am

Dienstag den 5. Juli 1864,
Nachmittags 3 Uhr,

öffentlich zu Eigenthum versteigern, und wird der Zuschlag ertheilt, wenn der Anschlag von 36,000 fl. oder darüber geboten sein wird.

Das ganze Anwesen ist sehr schön gelegen, befindet sich im besten Zustande, es eignet sich zu einem Herrschaftssitze, wie auch zu jedem großartigen gewerblichen Unternehmen.

Die Bedingungen, welche sehr billig gestellt sind, können inzwischen im Geschäftszimmer des Notars Süß eingesehen werden.

Beschreibung der Villa.

Eine Villa mit vier und ein halb Morgen (neuen Maßes) Gartengelände, einem darauf befindlichen, anderthalbstöckigen Wohngebäude, einem großen Pflanzenhause und zwei großen Oekonomiegebäuden vor dem Mühlburger Thor, einerseits die Gasfabrik, anderseits Mundkoch Krutz, hinten der Landgraben, vorn die Straße nach Mühlburg. Anschlag . 36,000 fl.

Karlsruhe, den 20. Juni 1864.

Großh. bad. Stadtamtsrevisorat.
G. Gerhard.
H. Ankener.

Z.i.378. Nr. 4777. Mosbach.

Schäferei-Versteigerung.

Mit obervormundschaftlicher Ermächtigung wird

Donnerstag den 14. Juli d. J.,
Nachmittags 1 Uhr,
auf dem Rathhause in Herbolzheim

die den Johann Hornstein's Kindern und Rechtsnachfolgern von da zustehende Hälfte Schäferei und dazu gehörigen Liegenschaften öffentlich versteigert; wozu die Liebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß auswärtige Steigerer sich mit legalen Vermögenszeugnissen auszuweisen haben. Der Werthanschlag der halben Schäferei der sämmtlichen Hornstein'schen Erben ist 5500 fl.

Die näheren Bedingungen liegen bei dem Gemeinderath in Herbolzheim zur Einsicht offen.

Mosbach, den 21. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsrevisorat.
Stark.
vdt. Volz, Notar.

Z.i.267. Nr. 7451. Radolfzell. (Aufforderung.) Die Wittwe des Alt-Posthalters Fidel Mietinger, Theresia, geb. Bölle, von Radolfzell, hat um Einweisung in Besitz und Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemannes gebeten; etwaige Einwendungen sind

binnen 4 Wochen

geltend zu machen, indem sonst diesem Gesuche stattgegeben wird.

Radolfzell, den 13. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dietsche.

Z.i.379. Nr. 7012. Lahr. (Aufforderung und Fahndung.) Die 22 Jahre alte Christine Siefert von Dinglingen, die wegen Diebstahls hier in Untersuchung steht und flüchtig ist, wird hiermit aufgefordert, sich binnen 4 Wochen hier zu stellen, indem sonst das Erkenntniß nach dem Ergebniß der Untersuchung gefällt wird. Zugleich ersuchen wir sämmtliche Polizeibehörden, auf die Angeschuldigte zu fahnden und auf Betreten sie hieher abzuliefern.

Lahr, den 23. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Beck.

Z.i.394. Nr. 11,005. Karlsruhe. (Fahndung.) Am 24. d. Mts. wurde von einem auf offener Straße stehenden Wagen ein weißlicher, alter Weidenkorb, mit Eiern gefüllt und einem Packtuche überdeckt, im Werth von 10 fl., entwendet. Man bittet um Fahndung auf den entwendeten Gegenstand und den zur Zeit noch unbekannten Thäter.

Karlsruhe, den 24. Juni 1864.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.
v. Vincenti.

Z.i.357. Nr. 6130. Schwetzingen. (Bekanntmachung.) Der von der Generalagentur der Feuerversicherungs-Anstalt der Bayrischen Hypotheken- und Wechselbank zum Agenten für den Bezirk Schwetzingen ernannte Kaufmann Ludwig Köhler in Heidelberg wurde bestätigt. Schwetzingen, den 22. Juni 1864. Großh. bad. Bezirksamt. Waag.

Z.i.368. Nr. 5645. Ladenburg. (Erledigte Aktuarsstelle.) Bei dirseitigem Gericht ist die Stelle eines Aktuars mit einem Gehalt von 400 fl. und Accidenzien sofort zu besetzen. Bewerber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse melden. Ladenburg, den 23. Juni 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Bender.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)